

Antrag 76/II/2025**SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 76/II/2025 (Konsens)**

1 Die SPD Deutschland setzt sich im Rahmen ihrer Regie-
2 rungsbeteiligung auf Bundesebene mit Nachdruck und
3 Priorität für die schnellstmögliche Umsetzung der bereits
4 beschlossenen Reformen für ein (geschlechter-)gerechtes
5 Steuersystem in Deutschland ein. Dies gilt insbesondere
6 im Hinblick auf Steuern auf die Weitergabe von Vermögen
7 wie die Erbschaft- und Schenkungssteuer.

8
9 Konkret wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert,
10 sich öffentlich und in Verhandlungen mit den Koaliti-
11 onspartner*innen konsequent für die Umsetzung der im
12 Bundeswahlprogramm 2025 und in den Beschlüssen des
13 Bundesparteitags vom Juni 2025 festgelegten Maßnah-
14 men einzusetzen. Dazu gehört insbesondere die effektive
15 Mindestbesteuerung für große Unternehmensvermögen,
16 um die vom Bundesverfassungsgericht monierten, unge-
17 rechtfertigten Privilegien für die höchsten Vermögen zu
18 beenden.

19
20 Ebenfalls nötig ist der Einsatz für weitergehende Forde-
21 rungen auf Grundlage der Konzepte aus dem Berliner An-
22 trag "Unser Weg in ein faires Steuersystem." Dies beinhal-
23 tet die Abschaffung von Ausnahmen für Erb*innen, die
24 Schließung von Schlupflöchern z.B. Bei der Gründung von
25 Stiftungen, sowie die Weiterentwicklung der Idee eines
26 Grunderbes.

27
28 **Begründung**

29 Vermögen ist Macht – und damit ist die Macht in Deutsch-
30 land immer noch ungleich verteilt. Denn das Vermögen in
31 Deutschland liegt vornehmlich in der Hand der Männer.
32 Frauen besitzen hierzulande deutlich weniger als Män-
33 ner, sowohl in der Breite der Bevölkerung als auch im Be-
34 reich der extrem hohen Vermögen. Doch Vermögen eröff-
35 net nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, sondern auch Ein-
36 fluss und gesellschaftliche Gestaltungsmacht. Die unglei-
37 che Verteilung von Vermögen zwischen den Geschlech-
38 tern bedeutet damit sowohl wirtschaftliche Benachteilig-
39 ung von Frauen als auch Benachteiligung in der gesell-
40 schaftlichen Teilhabe.

41
42 Deutschland weist im internationalen Vergleich eine be-
43 sonders hohe Vermögenskonzentration auf: Das reichste
44 Prozent der Bevölkerung besitzt rund ein Drittel des Ge-
45 samtvermögens, während die ärmere Hälfte nahezu kei-
46 ne Vermögensbestände hat. Laut Sozio-oekonomischem
47 Panel (SOEP) liegen zwar 43 % des Gesamtvermögens in

48 der Hand der Frauen. Doch hat die Studie „Männer, Milliar-
49 den, Macht: Wie die fehlende Besteuerung von Vermögen
50 Geschlechterungleichheit zementiert“ von Oxfam (März
51 2025) ergeben, dass 71 % der privaten Milliardenvermö-
52 gen in Männerhand liegen. Männer besitzen außerdem
53 häufiger Geldvermögen, Versicherungen und insbesonde-
54 re Betriebsvermögen – auf eine Frau mit Betriebsvermö-
55 gen kommen drei Männer, so die Hans-Böckler-Stiftung.
56 Zum Renteneintritt besitzen Frauen obendrein nur drei
57 Viertel des Vermögens von Männern. Die Studie von Ox-
58 fam zeigt zudem, dass auch die Vermögensübertragung
59 auf die nächste Generation in 10 Prozent der untersuchten
60 Fälle geschlechtsspezifisch ungleich verfolgt und männli-
61 che gegenüber weiblichen Nachkommen bevorzugt wer-
62 den.

63

64 Für die Übertragung großer Unternehmensvermögen gel-
65 ten weitreichende Privilegien bei der Erbschaft- und
66 Schenkungssteuer, von denen Männer überproportional
67 profitieren, weil Männer größere Vermögensanteile erhal-
68 ten.

69

70 Die Steuergesetze in Verbindung mit geschlechtsspezi-
71 fischen Erb- und Schenkungspraktiken verstärken Ver-
72 mögensungleichheiten zwischen Männern und Frauen in
73 Deutschland.

74

75 Deutschland braucht eine gerechtere Verteilung von Ver-
76 mögen – sowohl insgesamt als auch speziell zwischen den
77 Geschlechtern. Dies wäre ein zentraler Beitrag zu mehr so-
78 zialer Gerechtigkeit, mehr Mitsprache und größerer Teil-
79 habe aller Geschlechter und damit ein wichtiges Signal für
80 die Stärkung der Demokratie.

81

82 Die SPD hat diese Problematik klar erkannt. Das Bundes-
83 wahlprogramm hat versprochen, die höchsten Vermögen
84 stärker in die Verantwortung zu nehmen. Der letzte Bun-
85 desparteitag hat dazu in verschiedenen Anträgen, auch
86 und gerade aus Berlin, konkrete und detaillierte Reform-
87 schritte vorgelegt.

88

89 Beschlüsse allein schaffen jedoch noch keine Gerechtig-
90 keit. Die bloße Verankerung im Wahlprogramm und in Be-
91 schlussbüchern ist keine Garantie für die tatsächliche Um-
92 setzung. Um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Be-
93 nachteiligung auch aufgrund des Geschlechts nachhaltig
94 zu bekämpfen, müssen wir jetzt vom Wollen zum Handeln
95 kommen.

96

97 Dieser stellt deshalb keine neuen Forderungen auf, son-
98 dern fordert den konsequenten Einsatz für die Umsetzung
99 der bestehenden Beschlusslage der Partei.